

➤ **Gemeinsame Vortragsveranstaltung über die aktuelle politische Lage in Prag**

## Die Suche nach dem kleineren Übel

**In einer Gemeinschaftsveranstaltung des Arbeitskreises Sudetendeutsche Akademiker, der Akademie Mitteleuropa und des Sudetendeutschen Sozial- und Bildungswerks/Der Heiligenhof ging es um die „Politik in der Tschechischen Republik – Erfahrungen und Perspektiven“. Referentin zu diesem Thema war die frühere tschechische Sozialministerin Michaela Marksová.**

**I**m Namen der drei Veranstalter begrüßte Günter Reichert, Vorsitzender der Stiftung Sudeten-deutsches Sozial- und Bildungswerk, die Zuhörer. Er verwies auf lange und häufige Kontakte zu der Referentin. Anfang 2018 sei sie aus der aktiven Politik ausgeschieden und könne daher gut über die jüngste und aktuelle Politik in ihrem Heimatland berichten.

Sie sei froh, betonte Marksová einleitend, nun wieder – nach Ende ihres politischen Mandats – aus freien Stücken zum Sudetendeutschen Tag kommen zu können. „Die heutige Lage hat ihre Wurzeln in der Vergangenheit“, erklärte sie und wählte daher einen Rückblick auf die letzten Parlamentswahlen von 2013 und 2017. Sie erwähnte kurz den Rücktritt des damaligen Premiers Petr Nečas infolge eines Bestechungsvorwurfs, die danach kurze Zeit amtierende „Beamtenregierung“ und die Veränderungen durch die Wahl 2013. Diese habe die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) knapp gewonnen, gefolgt von der neuen Bewegung ANO des aus der Slowakei stammenden Unternehmers Andrej Babiš. Mit der KDU-

ČSL hätten die beiden Parteien die neue Regierung gebildet. Erstmals sei mit der Partei ÚSVIT eine, so Marksová, rechtspopulistische Gruppierung im Parlament vertreten gewesen. „In den ersten zwei Jahren war es in Ordnung“, blickte die Ex-Sozialministerin zurück. Doch dann habe Babiš, selbst Finanzminister im Kabinett, durch den Kauf mehrerer Medien und entsprechende auf ihn abgestimmte Bericht-



**Michaela Marksová.**

*Bild: Markus Bauer*

erstattung manche Erfolge anderer Personen und/oder Parteien als seine eigenen dargestellt. Und bei der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 hätten die Partei ÚSVIT und auch Staatspräsident Miloš Zeman „falsche Nachrichten und Ängste bei den Leuten verbreitet“, was nach Ansicht Marksovás die nächste Parlamentswahl entscheidend beeinflusst habe.

Die Referentin wies auch auf von Babiš beziehungsweise seinem Unternehmen angenomme-

nen Fördergelder der Europäischen Union hin, die eigentlich nur kleinen und mittleren Unternehmen zustehen. Leider sei in solchen Punkten auch die Öffentlichkeit wenig sensibilisiert oder inzwischen von Babiš so angegangen, daß es wegen solcher Angelegenheiten keine großen Aufreger mehr gebe.

Die Folge war der mit 30 Prozent klare Wahlsieg von ANO bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2017 – und „größte Verluste der Sozialdemokraten“, wie Marksová einräumte. „Aber die Bewegung ANO ist unfähig, eine Regierung zu bilden“. Aktuell laufe der Versuch einer Koalition mit den Sozialdemokraten, die sich aber intern noch uneins seien, so die Referentin. In einer Mitgliederbefragung werde darüber entschieden. Ein weiterer Knackpunkt sei die nötige, aber schwierige Duldung durch die Kommunistische Partei (KSČM).

Abschließend zog sie einen Vergleich zur Situation in den dreißiger Jahren, als die sudetendeutschen Sozialdemokraten (DSAP) die einzige politische Kraft der Sudetendeutschen gegen Adolf Hitler und die NSDAP waren. Die jetzigen Alternativen sind für Marksová eine Regierungsbeteiligung oder Neuwahlen – mit einem dann wohl noch höheren Ergebnis für Babiš' ANO und rechtspopulistische Gruppierungen. „Daher ist es wohl besser, in die Koalition zu gehen“, empfahl die tschechische Sozialdemokratin, die zuletzt 2016 in Nürnberg den Sudetendeutschen Tag besucht hatte.

**Markus Bauer**